



KOMMENTAR

Von Wilhelm Schmülling

Aktuelle Not lindern, das Not erzeugende Wirtschaftssystem überwinden

„Wir haben alles im Griff, auf dem sinkenden Schiff“ So jubeln die Medien, allen voran mit Märchenonkel Rainer Brüderle, der das Wirtschaftswachstum im 2. Quartal 2010 als einen XXL-Aufschwung bezeichnet und auf steigende Steuereinnahmen hofft. Die braucht er, um den Schuldenberg nicht anwachsen zu lassen. Schließlich droht ein Schuldenbegrenzungsgesetz, von den vielfältigen Zahlungsverpflichtungen ganz abgesehen. Bei einem Geldvermögen von 7,862 Billionen Euro allein in Deutschland im Jahr 2007 müsste es doch ein Leichtes sein, die entstanden Schuldenlöcher mit privaten Geldern zu stopfen. Amerikanische Milliardäre machen es vor und spenden die Hälfte ihres Vermögens, wenn auch zumeist an private Stiftungen, nicht an den Staat zur Schuldenabtragung.

Deutsche Milliardäre sollten auch dem Staat helfen, der ihnen mit der Verzinsung von Staatsanleihen zu einem Teil ihres Reichtums verholfen hat – und was eine Stützung des ökonomischen Systems bedeutet – mit Rettungsschirmen für „systemrelevante“ Banken das Zinssystem selbst am Leben erhält. Einem Staat zu helfen, der gerade ihnen solche Privilegien zum leistungslosen Reichtum sichert, sollten sie bei Strafe ihrer

Existenz nicht unterlassen. Denn das „genießende Kapital“, das mit seinem Reichtum protzt, wird nicht auf immer von den Armen klaglos hingenommen werden. Dass „aller Reichtum aus der Arbeit der Völker“ fließt, wurde schon 1931 nicht nur von Soziologen, sondern auch vom Prager Erzbischof Franziskus Kordac erkannt.

Aber selbst wenn rund die Hälfte des Geldvermögens von 7,862 Billionen Euro dem Staat zur Verfügung gestellt würde, damit die Staatsschulden gesenkt, den Arbeitslosen und Hartz-IV-Empfängern mehr Geld und den Rentnern schon ab 65 Jahren die Renten gezahlt werden könnten, die Schere zwischen Arm und Reich ginge weiter auseinander. Die Ursachen der systembedingten Umverteilung blieben erhalten. Kapitalsteuern oder Großspenden von Milliardären bedeuten volkswirtschaftlich nur eine Rückverteilung von zuvor leistungslos abgeschöpften Kapitalerträgen. Letztlich gewinnt das Not verursachende Wirtschaftssystem nur Zeit.

Verarmung, Arbeitslosigkeit und Verschuldung auf der einen Seite und Reichtum auf der anderen Seite sind die Kennzeichen dieses Wirtschaftssystems. Das sieht offensichtlich auch Peer Steinbrück so, der im ARD-Interview am 4. 8. 2010 erklärte, die

ökonomische Systemfrage stelle sich in den nächsten zehn Jahren.

Anstatt Studien in Auftrag zu geben, die eine nachkapitalistische Ordnung konzipieren, bemühen sich die Politiker um Folgenbekämpfung und vor allem darum, mit Halbwahrheiten über sinkende Arbeitslosenzahlen und Konjunkturerholung die Bürger zu beruhigen. Beruhigung ist die erste Politikerpflicht. Schließlich wurden die Bürger – vorläufig – beruhigt, als die Bundeskanzlerin und der Finanzminister mit dem Versprechen vor die Medien traten: „Ihre Einlagen sind sicher“. Hoffentlich wird dieses Wort in Kürze nicht ebenso obsolet wie: „Die Renten sind sicher“.

Mit „Brot und Spiele“ mag man eine Zeit lang einen Teil der Bevölkerung beruhigen, aber nicht allezeit alle Menschen. Denn mittlerweile treten die Probleme der kapitalistischen Wirtschaftsordnung weltweit auf. Daher ist es eine Aufgabe aller auf eine humane Wirtschaft hinwirkenden Demokraten, Alternativen zu diskutieren.

Das Motto muss deshalb lauten:

„Die aktuelle Not lindern, das Not erzeugende ökonomische System überwinden.“